



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, 29. October.

Seit einem Monat stehen die Ereignisse, welche die Grundvesten des jungen Königreichs Italien erschüttern und die Dynastie Carignan-Savoyen unter einer revolutionären Hochfluth zu begraben drohen, im Mittelpunkt der europäischen Interessen. Victor Emanuel sollte noch einmal wählen, ob der Ehre der italienischen Monarchie durch ihre eigene Regierung ein tödtlicher Stoß ertheilt werden oder ob dieselbe gewaltsam zu einer Präfectur des kaiserlichen Frankreich herabgedrückt werden sollte. Während der König noch zweifelnd vor dieser entsetzlichen Alternative stand, hat es sich entschieden, daß Italien zu einer doppelten Schmach verurtheilt worden ist. Die Regierung hat die Partei des-avouiren müssen, welche die Lösung der römischen Frage unternommen und Napoleon hat, um keinen Zweifel darüber übrig zu lassen, daß das italienische Königthum in seinen Augen bankerott sei, dennoch den Schutz Roms einem französischen Armeecorps, das bereits auf italienischer Erde gelandet ist, übertragen.

Seit der große Staatsmann im Grabe ruht, der es allein verstand, die Geister, welche er gerufen, zu beschwören, stürzt ein Ministerium nach dem andern über dem Versuch zusammen, die römische Frage zu lösen und dadurch den Italienern vor sich selbst und ihren Regenten Respect einzulösen. Ricasoli und Nataszi, Cialdini und Menabrea, sie sind erfahrungsmäßig alle davon überzeugt worden, daß der Fortbestand der weltlichen Macht des Papstes unvereinbar ist mit der Consolidation der italienischen Zustände, daß nur der Staatsmann darauf rechnen könne, die Volksmeinung dauernd für sich zu gewinnen und eine festes Bollwerk des Königthums gegen die Mazzinistische Republik zu errichten, der das Kreuz von Savoyen auf die Zinnen der Engelsburg pflanzt. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, allem zuvor in den Besitz Roms treten zu müssen, und von der eigenen Unfähigkeit, diese Aufgabe zu lösen, hat jedes der Ministerien, welche Savours Erbschaft übernahmen, von vorn herein um das gute Gewissen und darum zugleich um die Fähigkeit energischen Auftretens gebracht. Der Umsturz des päpstlichen dominium temporale ist seit lange identisch mit der Befreiung von der französischen Vormundschaft und diese, nicht der Besitz des beschränkten Territoriums, welches die ewige Stadt umgiebt, ist es, welcher das italienische Volk dringend bedarf, um zu Ruhe zu kommen und wieder an die Arbeit seiner sittlichen Wiedergeburt zurückzukehren. Nicht um das Geschenk der Freiheit, um das Bewußtsein, dieselbe selbst verdienen und dauernd ertragen zu können,

handelt sich's in dem Proceß, den die Italiener begonnen haben, als sie sich gegen die kleinen und großen Souveraine auflehnten, die von der Entwürdigung ihrer Unterthanen lebten — und dieser Proceß ist wieder einmal verloren gegangen. Das Forum, vor welchem er zum Austrag gebracht wurde, war die Regierung Victor Emanuels und die Richter, welche es nicht über sich gewinnen konnten, noch einmal gegen ihre Ueberzeugung zu urtheilen und dem Staat die Pflicht der Selbstschwächung zu Gunsten eines feindlichen Gegners aufzuerlegen — diese haben weichen müssen, um Männern Platz zu machen, die trotz der Verschiedenheit ihrer Parteifarbe genau ebenso denken wie ihre Vorgänger, einstweilen aber darein gewilligt haben, ihre Ueberzeugung zu verleugnen.

Es kann für die Dringlichkeit einer Lösung der römischen Frage im nationalen Sinne kein schlagenderer Beweis beigebracht werden, als der Rücktritt Ratazzi, und die Weigerung Cialdini's, derselben Staatsmänner, die das Werk von Aspromonte fertig gebracht hatten. Das neue Cabinet Menabrea will es versuchen, trotz der bessern Erkenntniß seiner Glieder, (deren Abneigung gegen die Radicals die Forderung der Occupations Roms durch die Regierung selbst zur nothwendigen Consequenz hat) die Zügel der Regierung zu übernehmen; daß es ihnen nicht gelingen werde, das Ansehen der Monarchie wieder herzustellen und die Grundlagen einer friedlichen, wahrhaft constitutionellen Entwicklung zu legen, wissen diese conservativen Politiker ebenso gut, wie ihre liberalen Gegner. Der Schlüssel zur Achtung des italienischen Volks ist weder in einer radicalen noch in einer conservativen Schmiede, sondern allein an den Thüren des Sanct Peter zu finden und auf ihn verzichtet zu haben, bildet das Verdienst, welchem die neuen Minister ihre Portefeuilles verdanken. So lange die Italiener das schmäbliche Bewußtsein, nicht loswerden, vor dem ersehnten Hafen der Ruhe stillstehen zu müssen, ist ihnen wenig daran gelegen, ob sie nach conservativen, liberalen oder demokratischen Grundsätzen regiert werden; instinctiv fühlt das Volk, daß die einzige Politik, welche ihm frommt, die eines guten Gewissens ist und dieses muß italienischen Ministern fehlen, welche für die Aufrechterhaltung eines guten Vernehmens mit Frankreich den Preis der Selbstschwächung des jungen Staats, und der Entwürdigung seiner Dynastie nicht zu hoch finden.

Noch einmal ist es die Regierung des dritten Napoleon gewesen, welche es auf sich genommen, die Italiener vor den Thoren Roms aufzuhalten. Daß die Ausübung dieses Zwangs dem Kaiser eine persönliche Genugthuung, die Aufrechterhaltung des Papstthums ein Herzenswunsch gewesen, ist ebenso wenig anzunehmen, wie daß Victor Emanuel Ratazzi mit leichtem Herzen entlassen habe. Beide, der französische Kaiser, wie der italienische König machen kein Geheimniß daraus, daß sie einer peinlichen Nothwendigkeit das Opfer ihrer Neigungen gebracht, jener indem er eine Expedition absandte, die Frank-

reich noch einmal in auswärtige Händel verwickeln kann, dieser indem er sich selbst die Brücke zur Rettung seiner Monarchie versperre.

Der französische Herrscher glaubt es seinem stark erschütterten Credit schuldig zu sein, einen von ihm unterzeichneten Vertrag unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, — der König von Italien fürchtet die Feindschaft Frankreichs mehr, wie die Verachtung seiner Unterthanen. Die Verlegenheiten, in welche sie gerathen, ist für beide Monarchen gleich groß. Napoleons Bereitwilligkeit, die Entscheidung über die römische Frage in die Hände einer europäischen Conferenz niederzulegen und dadurch Frankreich vor dem Odium einer absichtlichen Erniedrigung des italienischen Königthums zu entlasten, ändert die Lage Victor Emanuels nicht um ein Haarbreit. Den Beweis dafür, daß sie ihr Möglichstes gethan, um das durch die September-Convention geschaffene Interim aufrecht zu erhalten, hat die italienische Regierung längst geführt — der gegenwärtige Zustand der Monarchie bildet das Beweismittel. Daß Victor Emanuel sich Europa gegenüber verpflichten werde, die Bürgschaft für die Sicherstellung des päpstlichen Territoriums vor dem italienischen Volkswillen aufs neue zu übernehmen, liegt außerhalb der Grenzen aller Wahrscheinlichkeit — daß die Großmächte Frankreich zum Protector *fidei* bestellen werden, ist ebensowenig anzunehmen. England hat seine Unzufriedenheit mit der Absendung der französischen Expedition bereits deutlich ausgesprochen, Preußens König die Solidarität der italienischen und der deutschen Interessen in seiner Thronrede aufs schärfste hervorgehoben, Rußland, der geschworene Feind der Curie, fühlt sicher keinen Verursacher, den Anwalt derselben zu machen.*) Es bleibt Oesterreich allein übrig. Ganz abgesehen davon, daß die liberalen wiener Blätter (z. B. die Neue freie Presse) sich gegen Menabrea und Napoleon aussprechen, und daß die Partei, auf welche Herr v. Beust sich stützt, das lebhafteste Interesse daran hat, daß keine neuen Bande zwischen Wien und Rom geknüpft werden — erscheint eine österreichische Intervention zu Gunsten des Papstes undenkbar; Frankreich hat einen blutigen Krieg geführt, um diese Macht aus Italien zu verdrängen, niemals kann es darenin willigen, sein eigenes Werk selbst zu zerstören und die weißen Uniformen in die Campagne zurückzuführen. So bleibt, falls keine kriegerische Action Preußen noch einmal an die Seite Italiens stellt und damit die Lage unkenntlich verändert, nichts übrig, als daß Napoleon die Aufgabe, welche er einem europäischen Congreß zuschieben will, selbst übernimmt. Ein französisches

*) Der überwiegende Theil der russischen Presse nimmt mit Entschiedenheit für die Nationalen Italiens Partei. Die moskause Zeitung, über deren Bedeutung nichts gesagt zu werden braucht, erklärt neuerdings in einem „*Ordre, contre-ordre, désordre*“ überschriebenen Artikel, Rußland habe schon der Türkei wegen das höchste Interesse an der Aufrechterhaltung des Principes der Nichtintervention, denn dieses allein schütze die christlichen Stämme des ottomanischen Reiches gegen westmächtige Einmischungen zu Gunsten ihrer Niederhaltung.

Occupationsheer in Rom ist aber mit der Consolidation der italienischen Monarchie unverträglich und macht diese Monarchie zum Opfer mazzinistischer Antriebe, das hat eine vieljährige Erfahrung bewiesen. Die italienische Revolution in Permanenz zu erklären, ist für Frankreich mehr wie unrathsam. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ehre dieses Staates hat die französische Gesellschaft oder doch ein bedeutender Bruchtheil derselben die Expedition Civita-Becchias allerdings gebilligt, diese Billigung ist aber wesentlich verschieden von einer Zufriedenheit mit den Folgen dieses Unternehmens. Verharrt das italienische Cabinet in seinem Gehorsam gegen den Kaiser, so steht das Schreckbild der Anarchie Italiens und endloser mazzinistischer Verschwörungen vor ihm und den pariser Bourgeois. Raft Italien sich auf, stellt Victor Emanuel sich an die Seite Garibaldi's, so ist ein Krieg unvermeidlich. Ein Feldzug für die weltliche Macht Pius IX. und gegen das Nationalitätsprincip, für welches das zweite Kaiserthum seit acht Jahren Blut und Ehre einsetzt, aber wird sicher noch weniger Anhänger finden, als ein Krieg gegen Deutschland. Die Einberufung der französischen Kammern bekundet deutlich genug, daß die Regierung das Bedürfnis einer moralischen Unterstützung ihrer Politik durch die Volkvertretung empfindet. Bis diese zusammengetreten ist, können sich die Dinge und die französischen Anschauungen über dieselben leicht geändert haben.

Indessen Frankreich mit der Frage beschäftigt war, bis zu welcher Grenze es der Erhaltung des Papstthums Opfer zu bringen habe, hat Oestreichs Kaiser zum erstenmale deutlich ausgesprochen, daß sein Eifer für die Herrschaft der katholischen Kirche an dem Interesse des Staats eine natürliche Schranke habe. Die Wirkung dieses kaiserlichen Wortes ist nicht nur in Oestreich selbst eine außerordentlich nachhaltige gewesen, sie hat dazu beigetragen, Franz Josef in Paris einen freundlichen Empfang zu bereiten und den Glauben der Franzosen an die Zukunft der habsburgischen Monarchie zu ihrem Beruf für ein freisinniges Regiment zu stärken. Wider Erwarten ist das Echo der den österreichischen Bischöfen ertheilten Antwort in Süddeutschland ziemlich rasch verhallt, rascher als ihrer Zeit die Reden, in denen Herr v. Beust dem wiener Reichsrath sein liberales Programm vorlegte oder der Jubel über das noch liberalere Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, welches derselbe Staatsmann dem jungen österreichischen Parlamentarismus zum Hochzeitsgeschenk machte. Die süddeutschen Kammern und die Organe der süddeutschen Presse sind ausschließlich mit der Entscheidung über die Alliance-Verträge beschäftigt, deren Annahme Preußen zur Bedingung des Fortbestandes des Zollvereins gemacht hat. Noch ist das entscheidende Wort weder in Bayern noch in Württemberg gesprochen worden; in dem Staat der Wittelsbacher hat die Herrenkammer ihre Zustimmung indessen an Bedingungen geknüpft, auf die man sich in Berlin schwerlich einlassen wird, in Stuttgart macht das Abgeordnetenhaus ernstliche Miene mit

dem einen Vertrage auch den andern direct abzulehnen. Wie uns scheint, könnte der Sache Preußens kaum ein größerer Dienst erwiesen werden, als wenn die Alliance-Verträge und das Zollbündniß zunächst wirklich an dem Eigensinn der süddeutschen Particularisten scheiterten; die wißthätliche Weisheit und Umsicht dieser Leute hätte Gelegenheit, in dasselbe helle Licht gesetzt zu werden, das ihr politisches Gebahren bereits seit Jahresfrist erröthend bescheint. Die unleugbaren momentanen Verlegenheiten, welche aus einer Entscheidung dieser Art für uns erwachsen, würden reichlich aufgewogen durch den vollständigen Bankerott der directen Gegner eines Anschlusses an den Norden, der die nächste Folge dieses thörichten Beginneß wäre und durch die Nöthigung zu einem energischen Entschluß, welche für die halben Freunde einträte. Mit der wankelmüthigen Haltung des Cabinets Hohenlohe, das schlechterdings zu keinem Entschluß und zu keiner Klarheit darüber gelangen kann, wohin es seine Anker zu werfen hat, wäre es solchen Falls vorüber und die große Majorität derer, welche sich in richtiger Erkenntniß der wirthschaftlichen Nothwendigkeit in der zweiten bayrischen Kammer für Annahme des Zollvertrages ausgesprochen hatten, wäre in die Lage versetzt den Widerstand der Herren um jeden Preis, auch um den der Schwämmerung bayrischer Souveränität zu brechen oder die Führer derselben an das Staatsruder zu bringen. Jener Partei, welche in ihren Reden gegen den Anschluß an Preußen kein durchschlagenderes Argument geltend zu machen wußte, als den Glanz und die Herrlichkeit der bayrischen Krone, den Männern, welche die Mediatisirung derselben als das größte Unheil bezeichneten, das Deutschland überhaupt treffen könnte, wäre nichts heilsamer, als wenn sie bei den Consequenzen ihrer eigenen Politik anlangten und Gelegenheit gewännen, sich selbst vollständig und für immer auszuleben. — Als Preußen den süddeutschen Staaten durch den prager Frieden die volle Freiheit des Handels wiedergab, hatte es seine Rechnung nicht auf den guten Willen der Deutschen jenseit des Main sondern auf eine Nothwendigkeit gestellt, die den Betheiligten durch eigene Erfahrung klar werden sollte. Die Weisen von Würzburg und was ihnen anhing, sollten in die Lage versetzt werden, die Freuden einer Isolirung durchzukosten, nach denen sie sich so häufig gesehnt hatten, die süddeutschen Souveränitäten sollten auf eigenen Füßen zu stehen versuchen; das war das sicherste Mittel sie zu dem Bekenntniß zu führen: ohne Preußen und Norddeutschland geht es nicht! Diesen Cursum praktischer Politik haben die Süddeutschen wie es scheint, erst zur Hälfte durchgemacht, — bis zum Unbehagen in der eigenen Haut haben sie es gebracht, — gönne man ihnen die Gelegenheit von der Erkenntniß ihrer bisherigen Irthümer zum Bekenntniß der richtigen Lehre zu gelangen. Wie ungeheuerlich die Vorstellungen sind, welche man sich in den ultramontanen und particularistischen Kreisen Süddeutschlands noch immer von der eigenen Größe und Herrlichkeit macht, hat sich

bei Gelegenheit der Gerüchte über den bevorstehenden Anschluß Badens an den Norden in merkwürdigster Weise offenbart; „Baden“ — so hieß es in gewissen Journalen — „würde durch seine Trennung von Württemberg und Bayern im Falle eines französischen Krieges in eine militärisch unhaltbare Position gerathen“. Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres noch von der Möglichkeit träumen, Frankreichs Waffen mit bayrischen und württembergischen Kräften Widerstand zu leisten, vermag nur der baare Unverstand. Außer dem Bereich des Möglichen liegt es übrigens nicht daß die Leute, welche dergl. Phrasen in die Welt schicken, andeuten wollen, Württemberg und Bayern könnten auch mit Frankreich gegen Baden und den Norden gemeinschaftliche Sache machen! Ist man im Stande die militärische Alliance mit Preußen abzulehnen und hat man den Muth der Consequenz seiner eigenen Gedanken, so muß man dabei anlangen, das Verhältniß des Südens zu Frankreich für eine „offene Frage“ zu halten, deren definitive Beantwortung erst nach der Klärung der französisch-schweizerischen Beziehungen möglich sein werde. Je weiter der Particularismus in dieser Richtung war — desto schneller wird es sich auswirthschaften. Kann der Anschluß an den Norden nicht mit Hilfe der denkenden Politiker durchgesetzt werden, — nun die gedankenlosen werden ihn sicher fertig bringen, biete man ihnen nur die Gelegenheit, an die Stelle der Männer zu treten, welche sich bisher mit Versuchen zur Vermittelung zwischen Verstand und Unverstand vergeblich abmühten. Ihre Gesichtspunkte für das, was heute „süddeutsche Frage“ heißt, werden sich wesentlich ändern, wenn Baden in den Nordbund gedrängt, Darmstadt aus seiner halben in die ganze Zugehörigkeit zum norddeutschen Staat gebracht worden ist; dieses Werk zu vollbringen hat niemand einen natürlicheren Beruf, als die Partei, welche gegen das Bündniß mit Preußen agitirt. Ist aus der „süddeutschen“ eine bayrisch-schwäbische Frage geworden, die zugleich politische und wirthschaftliche Interessen berührt, so wird die Noth dazu zwingen die Hand zu ergreifen, welche man heute in thörichter Verblendung wegstoßen zu können meint.

Daß Graf Bismarck offen erklärt hat, an einer halb widerwilligen Annahme des Zollbündnisses sei ihm nichts gelegen, er werde von derselben nur Gebrauch machen, wenn sie rückhaltlos und in Verbindung mit der Alliance ausgesprochen werde, mag für die süddeutschen Anhänger der nationalen Sache höchst unbequem sein, im Interesse der Sache kann dieses Vorgehen nicht genug gepriesen werden und der Takt, mit welchem die national-liberale Partei diese Erklärung veranlaßt und das „Odium“ derselben von den Schultern der preussischen Regierung auf die des norddeutschen Volks geladen haben, macht ihrem Patriotismus ebenso viel Ehre, wie ihrer Einsicht. Gegenüber einer Opposition von der politischen Beschränktheit der bayrischen Cavaliere und dem verbohrtten Eigensinn der schwäbischen Rundköpfe wäre eine

entgegenkommende Nachgiebigkeit Preußens geradezu ein Unrecht gewesen. Sie hätte die principielle Entscheidung darüber, was aus dem Süden werden soll doch nur hinausgeschoben, die anspruchsvolle Hoffarth der Particularisten maßlos gesteigert, die Begriffe über das künftige Verhältniß des Südens zum Norden ein für allemal verwirrt. Aus diesen Gründen müssen wir die entschiedene Hoffnung aussprechen, Preußen werde das Ansinnen der bayrischen Pairskammer kurzweg ablehnen und dadurch eine Krisis in München herbeiführen, wie sie seit lange an der Zeit ist.

Unsere bereits angedeutete Meinung, eine Ablehnung der Zoll- und Alliance-Verträge, werde aus der süddeutschen eine bloße „bayrisch-württembergische“ Frage machen, möchte der Ausführung nicht weiter bedürfen, denn es kann für selbstverständlich gelten, daß Baden vor den Folgen der Verblendung seiner Nachbarn sicher gestellt werden muß. Als einziges außerhalb des norddeutschen Staats stehendes Glied des Zollbundes (die übrig gebliebene Hälfte Darmstadts käme nicht in Betracht), von Staaten umgeben, die ihre Feindschaft gegen Preußen offen documentirt haben, würde dieser Staat aber in eine unhaltbare Stellung gerathen. Die vollständige Aufnahme in den norddeutschen Bund zu fordern, ist er solchen Falls berechtigt und verpflichtet, und daß Preußen diese Forderung nicht zurückweisen würde, kann nach dem letzten Circulair des Grafen Bismarck für ausgemacht gelten. Wie Frankreich einen solchen Schritt auffassen würde, bleibt allerdings eine offene Frage; seine Stellung zu diesem Staat hat Preußen aber durch die vorlegte Alinea der Thronrede, welche den Reichstag beschloß, so deutlich bezeichnet, daß wir Rücksichten auf die Regierung, welche in Italien intervenirte, nicht zu fürchten brauchen. Dank dem glücklichen Verlauf der letzten Versammlung der norddeutschen Volksvertreter steht der preußisch-deutsche Staat so mächtig und schlagsfertig da, daß Frankreich sich zur Einmischung in seine Angelegenheiten schwerlich so leicht entschließen wird, wie zu einer italienischen Expedition. Wäre der Reichstag ein nach dem Herzen unserer Radicalen zusammengesetzter gewesen, es stände wesentlich anders. Auf die lange Reihe der wirthschaftlichen Reformen, welche zum Austrag kamen, werden wir noch ausführlich zurückzukommen Gelegenheit haben — wie die Dinge im Augenblick liegen und angesichts der Ereignisse in Italien, haben wir allen Grund, das glückliche Zustandekommen des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst als das Hauptresultat der letzten Versammlung des Reichstags zu bezeichnen.

Auch in seiner Mitte haben die Gegner der nationalen Sache ein Erkleckliches für die Förderung derselben gethan. Der Widerstand, welcher den Bemühungen zur Herstellung eines vom Auslande geachteten und gefürchteten deutschen Staats und der Entwicklung der wirthschaftlichen Freiheit geleistet wurde, ging dieses mal nicht sowohl von den Veteranen der altpreussischen Opposition als von

jenen Radicalen aus, welche für die Entschiedensten der Entschiedenen gelten wollen — und von den Socialisten. Preußen — so wurde von den Rednern der äußersten Linken verlangt — sollte wegen Luxemburg mit Frankreich, wegen der dänischen Kreise Schleswig mit Dänemark, endlich wegen der Ostseeprovinzen mit Rußland Krieg anfangen und gleichzeitig um die Steuerlast zu vermindern, seine reguläre Armee auflösen und mit bewaffneten Turnern ins Feld ziehen! — Gegenüber der Entschiedenheit dieser Forderungen kam kaum in Betracht was die berliner Demokratie gegen das Militärgesetz vorbrachten und damit war die Entscheidung über dasselbe ausgesprochen. Dieser Entscheidung haben wir es zu danken, daß der Verlauf der Verwicklung in Italien wesentlich von der Stellung abhängen wird, die Preußen zu derselben einnimmt; entgegengesetzten Falls hätte die Sache leicht umgekehrt stehen und Deutschland in das Geschick seines südlichen Nachbarn mit hineinziehen können. Wie wir die Dinge ansehen, wäre das Scheitern der Alliance mit dem Süden identisch mit der Ueberschreitung der Mainlinie. Bei dem ungeheuren moralischen Eindruck, den dieser Schritt in Italien machen würde und dem ausgesprochenen Bestreben Frankreichs, die süd-deutsche Frage mit der römischen auf eine Linie zu stellen, ließen sich die Folgen desselben nicht absehen. Gestützt auf eine militärische Organisation, die ihresgleichen in Europa sucht, hat der norddeutsche Staat nicht nöthig, diese Folgen ängstlich im voraus zu erwägen. Ihm ist es beschieden gewesen, aus dem Zustand Kleinstaatlicher Zerfahrenheit direct in die Reihe der mächtigsten Staaten des Welttheils überzugehen, und während Italien, dessen Geschicke den deutschen vielfach ähnlich waren, noch um die Grundlagen seiner Existenz kämpft, liegt es in der Hand Deutschlands, durch die Bethätigung des eigenen Rechts freier Selbstbestimmung zugleich das Geschick des italienischen Volks zu entscheiden!

Betrachtungen darüber anzustellen, ob und wie weit eine directe Betheiligung Preußens am Austrag der italienischen Frage wahrscheinlich ist, überlassen wir denen, die den Beruf der Presse in Beschäftigung mit Dingen sehen, auf welche diese keinen Einfluß hat. Wichtiger als die Beschäftigung mit einer Zukunft, die sich doch nicht absehen läßt, ist für die deutschen Zeugen der italienischen Ereignisse die Betrachtung der Vergangenheit. Für die Segnungen dieser sollte das Auge Jedes offen sein, der die Folgen freiheitlicher Zustände ohne entsprechende Macht in Italien vor sich und ein Gedächtniß für die Lage hat, in denen die Bekämpfung des preußischen „Großmachtfigels“ für den directesten Weg zu deutscher Freiheit und Einheit galt.